nommen, nicht einmal eine Betriebsversammlung wurde einberufen. Von den Kollegen wurde allgemein verlangt, daß etwas gemacht werden müsse. Es wurde Christoph vorgeschlagen, **eine Protestresolution gegen den Lohnabbau zu fassen und durch eine Delegation beim Präsidenten vorstellig zu werden.** Aber alles wurde abgelehnt mit dem Hinweis, daß dies in einer Versammlung der eisernen Front behandelt werden könne.

Als der Lohn ausgezahlt wurde, brach erneut ein Empörungssturm los. Mit 15, 16, bis höchstens 20 Mark Wochenlohn mußten Familienväter nach Hause gehen.

Güterbodenarbeiter von Dresden-Friedrichstadt' Ganz eindeutig hat der Reformist Christoph durch sein Verhalten gezeigt, was die eiserne Front für euch übrig hat.

Soweit die Berichte der Arbeiter. Sie bringen offen zum Ausdruck, daß die Lohnverhältnisse der Reichsbahn für die Arbeiter unerträglich geworden sind und die Existenz der Arbeiter bedrohen. Andererseits wird festgestellt, daß gewaltige Summen ausgegeben werden, um die schärfste Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter durch einen Polizei-, Spitzel- und Beamtenapparat aufrecht zu erhalten. Diese Zustände hat die Reichsbahndirektion nur mit Unterstützung der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie durchführen können. Diese Leute helfen auch wieder der Reichsbahndirektion, die Lohnabbaumaßnahmen möglichst „reibungslos" durchzuführen.

Die Arbeiterschaft kann sich dagegen nur helfen, durch festen Zusammenschluß in einer geschlossenen Front zur Verteidigung ihrer Existenz. Diese Erkenntnis, die gerade jetzt bei den Arbeitern immer mehr Boden gewinnt, muß noch stärker werden und noch größere Arbeitermassen erfassen.

Alle Arbeiter gehören in die Einheitsfront zum Kampf gegen Reichsbahndirektion und alle Unternehmer sowie gegen die mit ihnen auf das engste verbundene Gewerkschaftsbürokratie. Nicht eiserne Front der Unternehmerknechte, sondern rote Einheitsfront ist die Losung.

Das erfordert aber auch, daß alle Arbeiter erkennen, daß die einzige Führung im Existenzkampf der Arbeiterschaft die RGO und die roten Betriebsräte. Deshalb Anschluß an die RGO. Erzwingt den Rücktritt der reformistischen Betriebsräte und stellt an die Spitze der Belegschaften klassenbewußte, rote Betriebsräte. Nur so kann eurer Existenzkampf organisiert und erfolgreich geführt werden.

Dresdner Eltwerkarbeiter verweigern Akkordarbeit

Dresden, 15. Januar

(Arbeiterkorrespondenz)

Gestern wurden von dem Eltwerk 19 Arbeiter aus den verschiedenen Abteilungen der Kabelnetze zu den Wasserwerken versetzt, um dort **Ausschalungsarbeiten durchzuführen.** Als die Arbeiter heute morgen auf der Arbeitsstelle erschienen, wurde ihnen von dem Baudirektor **Strömel** erklärt, daß sie Akkordarbeit leisten müssen. Diese Erklärung beantworteten die 19 Arbeiter mit der **Ablehnung der Akkordarbeit,** wobei sie sich auf einen einstimmigen Beschluß der Belegschaft des Eltwerkes stützten, nach dem im Eltwerk keine Akkordarbeit geleistet wird. Es gab sehr heftige Auseinandersetzungen mit dem Baudirektor, aber **die Arbeiter beharrten auf ihrem Standpunkt, keine Akkordarbeit durchzuführen.** Von einem roten Betriebsrat wurden die Arbeiter in ihrem Vorgehen unterstützt.

Die Direktion der Wasserwerke hat bereits durchblicken lassen, daß die Arbeiter, wenn sie auf ihrem Standpunkt beharren, entlassen werden sollen. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Belegschaft den Wasserwerken, die bisher Akkordarbeit leistete, **mit den Arbeitern vom Eltwerk solidarisiert und ebenfalls die Akkordarbeit ablehnt.**

Rote Fahne verboten

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, „Die Rote Fahne", wurde mit Wirkung vom 15 Januar auf drei Tage bis 18. Januar einschließlich, vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Grzesinski verboten.

Noch eine Antwort an die Dresdner Volkszeitung

Stahlhelm und Reichsbanner für Hindenburg

Die mit dem heutigen Datum erschienenen Zeitungen des Stahlhelms und des Reichsbanners bringen in ihren Spitzenartikeln das offene Bekenntnis zur Reichspräsidentschaftskandidatur Hindenburgs.

Die Herren von der „Harzburger Front" und von der „Eisernen Front" verbrüdern sich im Zeichen der faschistischen „Volksgemeinschaft" für den Marschall-Präsidenten der kapitalistischen Diktatur.

Hier die wichtigsten Sätze nebeneinander:

Im „Stahlhelm":

„Wir halten den Gedanken, die Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten durch eine Volkswahl zu verlängern, durchaus für diskutabel, wie es übrigens auch die Nationalsozialisten tun, deren „Nationalsozialistischer Pressedienst" bereits am Freitag erklärte: „Es ist richtig, daß die NSDAP bereit ist, für eine Wiederwahl Hindenburgs einzutreten."

Selbstverständliche Voraussetzung wäre nach unserer Ansicht jedoch, außer der Zustimmung des Generalfeldmarschalls, die Ausschaltung jeglicher Parteipolitik. . . .

Dazu wäre nötig, 1. Die sehr rasche Vornahme der Wahl, da ja keinerlei Agitation voranzugehen braucht, 2. Die Zurückstellung jeder anderen Kandidatur, so daß der Charakter der üblichen Wahlkämpfe vermieden wird und die Volksabstimmung den Stempel einer Kürung erhält."

Im „Reichsbanner":

„Ob wir mit einer Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg einverstanden sind? Im Bundesvorstand wurde bereits am 2. November 1931 die Frage aufgeworfen und anheimgegeben, innerhalb der uns nahestehenden Parteien auf klare Stellungnahme zu drängen. Im Bundesrat wurde in Gegenwart aller Gauführer die gleiche Frage aufgeworfen und festgestellt, daß von uns aus keine Bedenken gegen ein Weiteramtieren des Herrn v. Hindenburg bestehen. Von öffentlicher Bekanntgabe dieser Auffassung wurde abgesehen, einmal, um den verantwortlichen Parteiführern nicht vorzugreifen, und zum anderen auch nur den Anschein eines „politischen Manövers" zu vermeiden."

Die Streikfront stößt vor!

Ueberall Streiks und Solidaritätsaktionen im Kampf um Lohn und Brot

Ausdehnung der Streiks in Leipzig

Leipzig, 15. Januar (Eig. Meld.)

Bei der Firma Rudolf Sack streiken seit dem gestrigen Tage die Gießereiarbeiter, ebenso die Arbeiterschaft bei der Firma Kiehle-Mölkau. In beiden Fällen geht der Streik, wie bereits bei Jahn und bei Unruh u. Liebig, gegen den von den Metallindustriellen über den Schiedsspruch hinaus getätigten Abbau der übertariflichen Leistungslohne.

Die Tiefdrucker fest in der Streikfront

In der Streiklage bei den Tiefdruckern ist keine Aenderung eingetreten. Die am Donnerstag stattgefundene Versammlung der Streikenden nahm den Situationsbericht entgegen. In einer regen Diskussion wurde betont, daß die Streikenden gewillt sind, auszuhalten bis zum Erfolg. An der Streikversammlung nahmen auch im noch Betrieb stehende Kollegen anderer Abteilungen, vor allem der Firma Brandstetter teil. **In einer Entschließung brachten diese Kollegen ihre unbedingte Solidarität mit den Kämpfenden zum Ausdruck.**

Solidarität Erwerbsloser mit Streikenden

In der Zabelsdorfer Brotfabrik in Stettin kündigte die Direktion einen 10prozentigen Lohnabbau an, worauf die Belegschaft mit dem Streik drohte. Durch Inserat forderte die Firma neue Arbeitskräfte an, die sich am Fabriktor einfanden. Darauf organisierte die Belegschaft eine Diskussion mit den Erwerbslosen, **die sich nunmehr mit den Betriebsarbeitern solidarisierten.** Durch diese geschlossene Front wurde die Firma zur Zurücknahme des angekündigten Lohnabbaues veranlaßt.

Geschlossene Streikfront in Hennigsdorf

Berlin, 16. Januar (Eig. Meld.

Die Front der streikenden Arbeiter im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf steht fest. Die wichtigsten Abteilungen des Betriebes darunter die große Walzstraße, stehen restlos im Streik. In einigen kleineren Abteilungen wird noch gearbeitet, doch ist zu erwarten, daß auch diese Kollegen sich dem Streik anschließen werden.

Der rote Betriebsratsvorsitzende Küppers wurde von der Direktion fristlos entlassen, weil er sich weigerte, Streikarbeit zu leisten. Die Streikenden sind gewillt, den von der Direktion angekündigten Lohnabbau unter allen Umständen abzuwehren.

Landarbeiter in der Streikfront

Halle, 15. Januar (Eig. Meld.)

In Priester und Krosigk, auf den Gütern des Junkers Nagel, geht der Streik weiter, trotzdem der Junker in Landproleten durch Maßregelung aller Streikenden einzuschüchtern versuchte. **Es besteht die Aussicht, auch die Frauen, die sich bisher nicht am Streik beteiligten, in die Streikfront einzubeziehen.**

Zur Unterstützung der tapferen Landarbeiter in Priester und Krosigk werden alle Vorbereitungen zur Verbreiterung des Streiks getroffen.

Lohnabbau durch RGO abgewehrt

Stettin, 15. Januar

Am 11. Januar trat die Belegschaft der Tischlerei Parschau in Buhlitz geschlossen gegen einen Lohnabbau sowie gegen die fristlose Entlassung von drei Kollegen, die unter Führung der RGO in den Streik. Angesichts der geschlossenen Kampfes nahm der Unternehmer alle Maßnahmen zurück.

Am 13. Januar traten die Austräger des Stettiner Generalanzeigers der größten pommerschen Zeitung unter Führung der RGO in den Streik gegen einen 20prozentigen Lohnabbau. **Nach drei Stunden nahm die Geschäftsleitung den angekündigten Lohnabbau wieder zurück.**

Grötzschs wankender Kirchturm

Die SPD hat sich für Hindenburg entschieden! . Die SPD-Arbeiter gegen ihn . Mit Thälmann gegen die Stiefellecker des Hindenburg-Blocks

Der Dresdner Volkszeitung und ihrem Komödien-Dichter Robert Grötzsch ist die Entlarvung ihrer verlogenen antikommunistischen Hetze arg in die Knochen gefahren. In einem Artikel „Der linksradikale Kirchturm" versucht erneut Herr Grötzsch die Lakaienrolle der SPD im Dienste der Hindenburgfront durch einen ebenso plumpen Gegenangriff zu verhüllen wie in seinem letzten Geistesprodukt. Ausgerechnet Herr Grötzsch und seine Volkszeitung wagen es uns vorzuwerfen, wir seien nicht ehrlich genug, als daß man mit uns „nutzbringend" diskutieren könne. Die Ehrlichkeit, die die sozialdemokratische Presse auszeichnet, ist so der Politik der SPD würdig, daß sich ein Wort auf diese Anspielung erübrigt. Recht charakteristisch ist ferner die wütende Beschimpfung unseres Genossen Thälmann, der als roter Arbeiterkandidat den Stiefellecken der Hindenburgfront entgegentritt. Aufgeblasen schreibt Herr Grötzsch:

„Die KPD-Presse preist ihn an, als hätte Teddy alle jene Werke geschrieben, die er eigentlich mal lesen sollte."

Sollen Marxisten ausgerechnet über dieses Thema mit Herrn Robert Grötzsch diskutieren, dem Verfasser eines der seichtesten bürgerlichen Schwänke? Genosse Thälmann hat gerade jetzt wieder erneut bewiesen, daß er richtunggebend in der Theorie und Praxis für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung auftritt. Sein Artikel „Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Ueberwindung", wurde und wird von Hunderttausenden deutscher Arbeiter diskutiert, und wenn Herr Grötzsch jemals in die „Internationale" hineingeschaut hätte, statt immer auf die Feuilletons der bürgerlichen Schmocks zu starren, hätte er manches finden können, was in jedem einzelnen Absatz mehr an marxistischer Theorie enthält, als die ganzen Schreibereien des Herrn Grötzsch an Logik enthalten. Mit der dummdreisten Stirn des sozialfaschistischen Demagogen erklärt Herr Grötzsch in der gestrigen Volkszeitung erneut:

„Und wenn das Kommunistische Blättchen des Dresdner Bezirks zehnmal behauptet, die SPD hätte sich schon für Hindenburg erklärt, so bleibt die Tatsache bestehen, daß die sozialdemokratische Fraktion noch nicht gesprochen hat."

Der Hieb des kommunistischen „Blättchens" hat offenbar sehr gut gesessen. Im übrigen haben wir nicht behauptet, daß die sozialdemokratische Fraktion bereits gesprochen hat, das hebt sie sich erst dafür auf, wenn durch die Hetze und das Trommelfeuer der SPD-Presse die SPD-Arbeiter verwirrt gemacht worden sind. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die SPD als Partei sich längst für Hindenburg erklärt hat. Der Volkszeitungs-Dichter gibt das selbst einige Zeilen darauf zu, indem er erklärt:

„Wahrscheinlich ist es allerdings, daß die SPD und die Gewerkschaften angesichts des Verhaltens der Kommunisten von einem eigenen Kandidaten abstehen müssen . . ."

Und das sagt mehr als genug. Wir haben bereits an Hand nicht herausgerissener, sondern eindeutiger Zitate aus dem Vorwärts und der übrigen SPD-Presse nachgewiesen, daß die SPD als erste Partei durch ihre Presse die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs propagiert hat. Natürlich sind daran abermals — nach Herrn Grötzsch — die Kommunisten schuld. Für die „Begründung" dieser erbärmlichen Rolle der SPD hat sich die Dresdner Volkszeitung einen famosen Kronzeugen gesucht: Herr Trotzki, der würdige Nachfolger Kautskys in der Hetze gegen den ersten Arbeiterstaat, der ehemalige Revolutionär und jetzige konterrevolutionäre Literat, der dient jetzt als Kronzeuge für die Stiefellecker des Herrn Hindenburg. Und ausgerechnet die Herren Grötzsch und Trotzki bringen als „Argument" gegen die KPD:

„Es ist . . . völlig unmarxistisch gedacht, in dieser Situation etwa warten zu wollen, bis der letzte Arbeiter politisch organisiert ist. Wichtiger ist, ihn mit sozialistischen Organisationen, Zielen und Fronten in Berührung zu bringen. Ob recht, wenn er einer christlichen oder Hirsch-Dunckerschen Organisation angehört."

Das sagt Herr Grötzsch uns!!! Sind es nicht die Severing-Noskes und ADGB-Bonzen gewesen, die die unorganisierten und kampfbereiten Arbeiter als Marodeure und Lumpenproletarier beschimpft haben, während die RGO und die KPD im Kampf um die Gewinnung der Unorganisierten für die alte Klassenfront führt und deshalb gerade von der SPD beschimpft und verleumdet wird. Das gleiche gilt für die christlichen, für alle Arbeiter, die die RGO und die KPD im Kampf gegen die Kapitalisten zusammenführt. Was Herr Grötzsch jedoch meint, das ist die „Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung" mit den gelben Bonzen. Und das lehnen wir nur KPD und RGO ab, sondern auch die SPD-Arbeiter.

Möge doch die Volkszeitung z. B. bei den SPD-Arbeitern des Dresdner Autohofbahnhofes, Schandauer Straße anrufen und sich berichten lassen, welche Stimmung unter ihnen herrscht über die Hindenburgfront der SPD und wie sie die Thälmannkandidatur beurteilen.

Aber sie sollen sich nur Berichte von wirklichen Arbeitern geben lassen, nicht etwa von den Geschäftemachern am Schlage der Teudet und Konsorten. Dann müssen sie vielleicht noch dreister lügen müssen, um die entstehende rote Einheitsfront sabotieren zu können.

Wir Kommunisten wollen endlich diese Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen, weil sie unsere Klassengenossen sind, die Volkszeitung und ihr Grötzsch aber werden weiter die Stiefel des Herrn Hindenburg und der Bourgeoisie blank zu reiben versuchen!

Dafür wird mit der SPD und ihrer Presse abgerechnet werden. Die täglichen Uebertritte von SPD- und Reichsbannerarbeitern zur roten Klassenfront sprechen, eine deutliche Sprache.

Im Aufgebot der 100 000 wird die Kommunistische Partei durch Werbung unter den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen, für die Kommunistische Partei, für die Rote Fahne und das ab 30. Januar in erweiterter und illustrierter Form erscheinende „Volksecho" die Bataillone des revolutionären Klassenkampfes verstärken zur Massenaktion gegen den Hindenburg-Wels-Hitler-Block und gegen seine Handlangermänner, die Kapitalisten.

Jugendtag in Dresden verboten

Wie uns die Dresdner UB-Leitung des KJVD mitteilt, ist vom Polizeipräsidium folgendes Schreiben eingegangen:

„Die von dort mit Schreiben vom 11. d. M. angemeldete für Sonntag, den 17. d. M. geplante Straßendemonstration wird hiermit verboten, da nach den Umständen zu befürchten ist, daß dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird. (Paragr. 1 Absatz Ziffer 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 Reichsgesetzblatt I Seite 79).

Polizeipräsidium, Abteilung II, Dr. Pfotenhauer

Heraus zu den Betriebsräte-Konferenzen der RGO morgen Sonntag um 9 Uhr

in Dresden, Restaurant Bayrische Krone, in **Freiberg,** Restaurant Lokomotive, in **Ebersbach,** Restaurant Zwei Linden • **Alle Betriebsräte, Vertrauensleute,** ganz gleich welcher politischen Richtung, beteiligen sich an den Konferenzen zur Herstellung der einheitlichen Kampffront aller Arbeiter